



PLUTONIUM-DEBATTE

„An **Scheinheiligkeit** nicht zu überbieten“

Die umstrittene Lieferung der Hanauer Plutonium-Anlage nach China stand im Mittelpunkt einer aktuellen Stunde im Bundestag.

In der Debatte warf CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer dem grünen Juniorpartner in der Bundes-

regierung Scheinheiligkeit und Doppelmoral in der Atompolitik vor. Grüne Politik würde sich nur noch an taktischen Gesichtspunkten orientieren. Bei der Abschaltung des Kernkraftwerks in Stade hätte sich

Fortsetzung Seite 2

INHALT

DOKUMENTATION

„Ein modernes
Einkommensteuerrecht
für Deutschland“

Rede von
Friedrich Merz
Beschlüsse B1 und B2 des
17. Parteitages

INNENTEIL

Fortsetzung von Seite 1

Bundesumweltminister Trittin auf einer steuerfinanzierten Fete feiern lassen. Gleichzeitig hätte er der Bevölkerung und den grünen Parteifreunden verschwiegen, dass die Leistung auf ein anderes Kernkraftwerk übertragen würde. Der Generalsekretär wurde noch deutlicher: Er erinnerte an den Koalitionsbruch 1987 in Hessen, als der jetzige Außenminister Fischer aus der hessischen Landesregierung entlassen wurde. „Damit ist für uns als Grüne der Punkt erreicht, wo es ans Eingemachte, an die Grundlagen unserer eigenen politischen Identität geht, nämlich die Identität der Grünen als Antiatompartei,“ begründete Fischer damals seinen Standpunkt. Heute wolle Fischer, unterdessen Außenminister, nichts mehr davon wissen. Bereits im Oktober hatte das Auswärtige Amt der Ausfuhr nach China zugestimmt. Eine Ausfuhr in das Land, zu dem Fischer 1996 in einer Bundestagsdebatte unter lautem Beifall der Grünen noch fol-

gendes gesagt hatte: „Wir werden eine friedliche Entwicklung Chinas nicht bekommen, wenn wir vor allen Dingen auf das Geschäft setzen. ... Deswegen müssen wir mit den Chinesen unnachgiebig über Menschenrechte, über tibetische Kultur und über den Schutz von Minderheiten in China sprechen. Wenn das Aufträge kostet, dann kostet es eben Aufträge.“



Tarnen und Täuschen

Das Verhalten der Grünen bestehe nur noch aus Tarnen und Täuschen, sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber den eigenen Parteimitgliedern, sagte Meyer. Wie schwer sich die Grünen mit ihrer eigenen Politik täten, zeige das Verhalten der grünen Parteivorsitzenden Angelika Beer. Bei einem Fernsehinterview forderte

sie das ZDF auf, die Kamera abzuschalten, da sie keine Antwort auf die Frage geben wollte, ab wann sie über den geplanten Plutonium-Deal informiert gewesen sei. Und auch das Verhalten von Trittin und Fischer zeige, dass die Grünen ihre Grundwerte und Grundüberzeugungen aufgegeben hätten: Einerseits Zustimmung – andererseits Empörung. Fazit: Glaubwürdigkeit gleich Null. Die Zusammenfassung von Laurenz Meyer brachte es auf den Punkt: „Herr Trittin und Herr Fischer würden eher selbst in Hanau beim Einpacken der Brennelementefabrik helfen und sie in China wieder aufbauen helfen, als dass sie ihre Dienstwagen abgeben würden.“

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Frauen gestalten Globalisierung

„Junge Familien müssen sich endlich Rahmenbedingungen gegenüber sehen, die klar signalisieren: Kinder sind willkommen!“

Dies ist, so die mit 95,8 Prozent der Stimmen im Amt bestätigte Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer, die Botschaft des FU-Bundesdelegiertentags. Die 400 Delegierten verabschiedeten eine Weimarer Erklärung zu notwendigen Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und im Steuersystem. Danach sei in der Rente die Finanzierung sowohl eines Rentenbeitrags in Höhe von 50 Euro als auch der Kindererziehungszeiten aus Steuern zu leisten, erläuterte Böhmer – im Gegensatz zu den Rentenreformvorschlägen der CSU, die die kinderlosen Rentenversicherten zur Finanzierung heranziehen wolle. Die Erziehung von Kindern sei von allen zu finanzieren. Der Bundesdelegiertentag sprach sich dafür aus, Kindererziehungszeiten stärker in der Rente anzuerkennen. Angesichts der besonderen Schwierigkeiten von Müttern, deren Kinder vor 1992



geboren wurden, die Lücken in ihrer Altersversorgung noch auszugleichen, setzt sich die Frauen-Union für eine Erhöhung der Kindererziehungszeiten von heute einem auf insgesamt drei Jahre ein. Böhmer unterstützte in ihrer Rede das beeindruckende Steuerkonzept von Friedrich Merz, das mit den Herzog-Vorschlägen ein Gesamtpakt bilde, das trotz enormer Sparzwänge Prioritäten für eine familien-gerechte Gesellschaft setze. Es nehme die Freiheit des Einzelnen ernst, ohne die Verantwortung der Gesellschaft zu leugnen.

Die Frauen-Union arbeitete in Weimar diejenigen Herausforderungen der Globalisierung heraus, vor die insbesondere Frauen in

Deutschland gestellt sind. Themen waren neben Menschenhandel die Biomedizin und die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland.

CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel warnte in ihrem Grußwort davor, die Globalisierung als Feindbild zu sehen. Es gelte, die Chancen der Globalisierung ins Blickfeld zu rücken, statt fatalistisch abzuwarten. Aus eigener Kraft mit eigenen Fähigkeiten müsse Deutschland die Chancen der Globalisierung nutzen, um wieder wirtschaftliche Spitzenpositionen einzunehmen.

In den geschäftsführenden Bundesvorstand wurden gewählt: Annegret Kramp-Karrenbauer MdL (Innenministerin des Saarlands), Elke Holzapfel (stellv. Vorsitzende FU Thüringen), Gesine Matthes MdL (Vorsitzende FU Sachsen), Eva Möllring (Vorsitzende FU Niedersachsen) und Barbara Stober (stellv. Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Münster), Barbara Schäfer-Wiegand (ehemalige baden-württembergische Sozialministerin), Eva Wybrands MdL (Vorsitzende der FU Sachsen-Anhalt).

Die CDU: **Besser** für Deutschland

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Am 15. Juli 1949 wurden von der Union die Düsseldorfer Leitsätze zur Wirtschaftspolitik, der wirtschaftspolitische Ordnungsentwurf der CDU, beschlossen. Wenn diese damals nicht beschlossen worden wären, dann hätte die Geschichte der Bundesrepublik und insbesondere die Geschichte der CDU sicherlich einen anderen Verlauf genommen. Es kam, wie wir alle wissen, zu einem Wirtschaftswunder. Eine ähnlich große Bedeutung wie der 15. Juli 1949 könnte der 1. Dezember 2003 haben. Wir brauchen neue Gründerjahre für Wachstum und Erfolg. Das ist die historische Bedeutung des jetzigen Parteitags.

Wo steht zurzeit unser Land bei der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung?

■ Alle 15 Minuten geht ein Unternehmen in Deutschland in Konkurs.

■ Die Abgabenlast liegt bei 55 Prozent.

■ Die Nettoneuverschuldung ist drei Jahre hintereinander über drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

■ Es gibt ein Minuswachstum.

■ Deutschland ist unter Rot-Grün nur in einem einzigen Bereich Spitze in Europa, nämlich bei der Schwarzarbeit, die inzwischen bei 16 Prozent liegt. Das ist eine Zumutung für alle sozialen Sicherungssysteme, aber natürlich auch für die Steuerzahler und insbesondere für alle ehrlichen Menschen in Deutschland.

■ Die Schwankungsreserve der Rentenversicherung ist aufgebraucht.

■ Die Nettoneuverschuldung ist in diesem Jahr auf einem Rekordniveau.

Man hat den Eindruck, dass der Bundesregierung die Finanzen und insbesondere die Schulden völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Die Bundesregierung hat jeden Überblick verloren und reagiert in Brüssel auch noch kleinkariert. Die taktischen Spielchen der Innenpolitik in Brüssel auszutragen und ein Werk wie den Euro zu gefährden, das über lange Jahre von ernsthaften Politikern aufgebaut worden ist, ist sträflich. Das darf man der Bundesregierung in der Öffentlichkeit nicht durchgehen lassen.

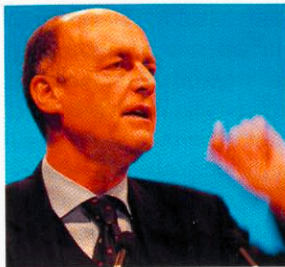
Mit 43 Milliarden Euro – ich sage das, damit wir uns das einmal plastisch vorstellen können – könnte man jedem Bundesbürger einen Urlaub auf Mallorca im Werte von über 500 Euro schenken.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist besonders besorgniserregend: Die Arbeitslosigkeit lag dort im Oktober 2003 bei 17,3 Prozent. Sie ist damit mehr als doppelt so hoch wie die im Westen. Es wandern immer mehr Menschen ab. Seit der Wende sind 820 000 Menschen abgewandert. Davon stammten allein 221 000 aus Sachsen, dem Bundesland, in dem wir uns momentan befinden. Nach fünf Jahren Rot-Grün leidet unser Land. Es ist unter Schröder nicht wie versprochen besser, sondern schlechter geworden. Es ist unter den Sozialdemokraten in dieser Republik vor allen Dingen nicht gerechter, sondern ungerechter geworden.

Es ist – das ist der wichtigste Punkt, um den wir uns kümmern müssen – Chaos eingetreten. Die Menschen wissen nicht mehr, was passieren wird. Wir brauchen wieder ein Stück Verläss-

lichkeit und Ehrlichkeit in der Politik, damit die Menschen Geld ausgeben und investieren. Bei einem Planungshorizont von nur noch fünf Monaten investiert kein Unternehmer in Deutschland. Das kann man sogar verstehen. Die Politik und auch die Bedingungen müssen sich ändern.

90 Prozent der deutschen Manager sagen laut einer in den letzten Tagen veröffentlichten Allensbach-Umfrage, dass die Politik immer mehr zu einem Unsicherheitsfaktor werde. Kein Mensch und kein Unternehmen kann planen. Das liegt schlicht daran, dass es die Bundesregierung wirklich nicht kann. Das ist eine Gurkentruppe. Denken Sie nur an Herrn Stolpe mit seinen Mautausfällen und seinen Misserfolgen im Osten. Das, was dort geschieht, geht auf keine Kuhhaut. Sie können auch Herrn Trittin als Beispiel nehmen. Der Staatssekretär von Herrn Trittin erklärt vor protestierenden Arbeitern der Aluminiumindustrie, die Dosen produzieren, dass der Wegfall der Arbeitsplätze in ihrem Bereich politisch gewollt gewesen sei. Politisch gewollt! Ich finde es skandalös, dass dieser Mann noch im Amt ist. Wer Arbeitnehmern in Deutschland so etwas er-



klärt, der kann kein Mitglied der Bundesregierung sein.

Ich denke, dass die Bundesregierung nur deshalb so viel vom Dosenpfand spricht, weil das Wort „Flaschenpfand“ für die Bundesregierung zu anzüglich ist. Dieses Wort würde zu sehr auf sie selber zurückfallen. Nehmen wir als Beispiel Herrn Clement, der mit vielen Vorschusslorbeeren gestartet ist. Jetzt hört ihm noch nicht einmal seine eigene Partei zu, wenn er auf dem Parteitag gegen die Ausbildungsplatzabgabe spricht. Niemand will ihm mehr zuhören. Sein Standing in der SPD ist innerhalb eines Jahres dort angekommen, wo Herr Müller, sein Vorgänger, aufgehört hat. Herr Clement ist – leider Gottes – eine tragische, schwache Figur in der Regierung. Die Bundesregierung bräuchte einen starken und durchsetzungsfähigen Wirtschaftsminister. Höchstens Herr Gerster hat so viel für Imagewerbung ausgege-

ben wie Herr Eichel. Eine Zeit lang hat das auch funktioniert. Aber auf Dauer lassen sich die Menschen in Deutschland nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik schlecht ist. Eichel ist der größte Schuldenmacher aller Zeiten, obwohl er sich als sparsamer Hans gerieren wollte. Das geht auf Dauer nicht gut.

Liebe Freunde, auf dem Bundesparteitag der SPD hat es einen bemerkenswerten Vorgang gegeben. Bundeskanzler Schröder hat den Delegierten auf dem SPD-Parteitag nicht vorgetragen, was ihm wenige Tage vorher der Sachverständigenrat, den er selbst und sein Wirtschaftsminister beauftragt hatten, mit auf den Weg gegeben hat. In dem Gutachten des Sachverständigenrates, der überwiegend nicht mit Experten besetzt ist, die der CDU nahe stehen, heißt es schwarz auf weiß – ich zitiere –: „So führt die Umstellung des Finanzierungssystems in der gesetzlichen Krankenversicherung auf Pauschalprämien zu einer Beschäftigungszunahme von 2,4 bis 3,6 Prozent. Eine Bürgerversicherung dagegen ist mit einem deutlichen Beschäftigungsrückgang von bis zu drei Prozent verbunden.“

Das bedeutet in Zahlen: Bei dem Modell, das wir

heute vorgestellt haben, geht es um einen Arbeitsplatz-zuwachs zwischen 900 000 und 1,4 Millionen. Die Bürgerversicherung würde zu einem Arbeitsplatzrückgang in Höhe von 1,25 Millionen führen. Schröder und seine Führungsmannschaft kannten diese Zahl und haben sie der Öffentlichkeit und den SPD-Parteitag delegierten nicht vorgetragen! Sie haben sehenden Auges die Bürgerversicherung mit beschlossen, und das, obwohl sie wussten, dass durch diese Beschlüsse, wenn sie umgesetzt würden, über 1 Million Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen würden! Ich nenne das verantwortungslos! Schröder hat die Wähler vor der Wahl belogen und macht auf dem Parteitag seiner eigenen Partei genauso weiter. Wer so handelt, dem sind die menschlichen Schicksale der Arbeitslosen offenbar ziemlich egal. Wer so handelt, dem geht es nur um seinen eigenen Job und nichts anderes. Die SPD, die immer so viel darauf gehalten hat, dass sie die eigentlich soziale Partei in Deutschland sei, ist durch ihre vielen Ungerechtigkeiten und die Maßnahmen, die die sozialen Probleme überhaupt nicht mehr in Betracht ziehen, ins Gerede gekommen.

Friedhelm Hengsbach, ein für uns völlig unverdächtigter Mann, hat es kürzlich auf den Punkt gebracht. Härter als er kann man es auch nicht als CDU-Generalsekretär formulieren: „So hat noch kein Kanzler die sozial Schwachen abgebürstet, so schroff hat noch keiner die Leute gepeitscht.“ Das ist die Wahrheit in Deutschland im Jahr 2003 und der eigentliche Skandal ist, dass vor allem Rentner, Geringverdiener und sozial Schwache unter dieser sozialdemokratischen Regierung bluten müssen.

Handlungsbedarf

Der Handlungsbedarf in Deutschland ist groß. Aber machen wir uns bitte nichts vor: Handlungsbedarf gäbe es auch, wenn es diese fünf Jahre rot-grüner Regierung nicht gegeben hätte. Wir müssen, wenn wir ehrlich sind, sagen, dass wir auch manches von dem ändern müssen, das in unserer Regierungszeit entstanden ist. Diese Ehrlichkeit ist vonnöten. Wenn wir nicht ehrlich sind, werden uns die Menschen nicht abnehmen, was wir sagen.

Die CDU ist gut gerüstet. Wir haben die besseren Konzepte und wir sind orga-

nisatorisch gut aufgestellt. Wir sind jederzeit wahlkampfbereit. Wenn die Regierung morgen das Handtuch wirft, können wir den Wahlkampf sofort aufnehmen. Im Konrad-Adenauer-Haus haben wir dieses Jahr zusammen mit Roland Koch und Christian Wulff Wahlkampf geführt. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen Aspekt zu dem hinzufügen, was Angela Merkel vorhin gesagt hat, die die beiden Wahlsieger schon herausgestrichen hat. Ich halte es für den strategisch wichtigsten Punkt für die CDU, dass wir in diesem Jahr die Wahlen in Niedersachsen gewonnen haben, weil damit das ganze Gerede von den angeblich so klugen Südlichern und den angeblich doofen Nordlichtern seine Grundlage verloren hat. Wir sind überall in Deutschland in der Lage, Wahlen zu gewinnen, nicht nur in Teilen Deutschlands.

Mancher ganz im Süden der Republik hat seine Reden deswegen umschreiben müssen. Christian, Du hast uns mit deinem Sieg wirklich einen großen Gefallen getan. Das hätte für uns strategisch mittelfristig durchaus ein Problem sein können. Wir haben uns aber auch ins Zeug gelegt, um der CSU zu helfen, dass die Bay-

ern-Wahl so ausgeht, wie sie ausgegangen ist. Wir haben allesamt auch im Landtagswahlkampf der CSU mitgekämpft – das kann ich als Mitglied der Führungsmannschaft gut beurteilen. Der Glückwunsch, der für den Sieg der CSU ausgesprochen wurde, kam wirklich von Herzen.

Wir stehen auch im Jahr 2004 vor einem großen Wahljahr. Morgen, wenn wir auf unser Projekt „Bürgerpartei“ zu sprechen kommen, werden wir auch von anderen Projekten sprechen, die mittelfristig für die CDU Verbesserungen bringen. Das sind große organisatorische Projekte. Sie werden sehen, dass wir jetzt endlich Vorgaben für das haben, was man neudeutsch „Corporate Identity“ nennt und was dazu führen soll, dass die CDU durchgängig erkennbar ist. Ein weiteres Großprojekt ist mit den Landesverbänden intensiv besprochen worden, nämlich das Kundenbeziehungsmanagement. Es geht um die Kontakte zu den Wählern und den Mitgliedern. Das werden wir mit den Landesverbänden und den Kreisverbänden zusammen angehen. Das wird das Dienstleistungsangebot der CDU ganz sicher revolutionieren. Ich lade Sie ein, sich am

Stand der CDU über die Serviceleistungen der Bundesgeschäftsstelle auch im Hinblick auf den Europawahlkampf zu erkundigen.

Wir sind programmatisch und organisatorisch gut aufgestellt. Das ist das Werk von vielen. Ich möchte neben Herrn Professor Herzog auch denen danken, die in der Herzog-Kommission und im Projekt „Bürgerpartei“ als externe Experten mitgearbeitet haben und die zum Teil heute hier sind. Herzlichen Dank im Namen der gesamten Partei für die wertvollen Beiträge, die Sie geleistet haben. Ich möchte ganz besonders auch den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses danken. Herr Professor Herzog, Sie haben bis nachts um 3 Uhr durchgehalten, die Mitarbeiter haben aber zum Teil noch weitergearbeitet, damit wir morgens die Sitzung fortsetzen konnten. Das geht weit über die normale Motivation von Angestellten in einer Geschäftsstelle hinaus. Wir haben eine tolle Truppe im Konrad-Adenauer-Haus. Herzlichen Dank an alle, die da mitgemacht

haben. Lassen Sie mich noch ein persönliches Wort zu Willi Hausmann sagen, der gestern sein Amt als Bundesgeschäftsführer der



CDU beendet hat, auch wenn Frau Merkel das schon getan hat. Ohne seinem Nachfolger zu nahe treten zu wollen, sage ich, dass ich es zutiefst bedauere, dass er aufhört. Wir haben sehr kameradschaftlich zusammengearbeitet und er hat mich mit offenen Armen aufgenommen, als ich kam. Willi Hausmann hat sich bei der Bewältigung der Krise im Jahr 2000 und danach wirklich um die CDU verdient gemacht. Wir haben ihm unglaublich viel zu verdanken. Im Konrad-Adenauer-Haus haben wir ihn besonders wegen seiner Art geschätzt, natürlich auch wegen seiner Kompetenz. Ich denke, dass wir auch in Zukunft den Kontakt zueinander nicht verlieren werden. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Herrn

Dr. von Thadden. Er wird sicher mit offenen Armen so aufgenommen werden, wie ich aufgenommen worden bin, als ich ins Konrad-Adenauer-Haus gekommen bin. Dort herrscht ein sehr gutes Klima, in dem man gut arbeiten kann.

Alles, was wir zurzeit beraten, haben wir das ganze Jahr über erarbeitet. Festgelegt worden sind die Ziele unmittelbar nach der Bundestagswahl im Jahr 2002. Damals haben sich die eben skizzierten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen schon abgezeichnet. Wer sein Land wirklich liebt, kann in einer solchen Situation nicht die Strategie einschlagen, die Lafontaine mit der SPD vor wenigen Jahren eingeschlagen hatte. Wir haben uns deshalb für dieses Jahr große programmatische Ziele für die Themenfelder Arbeitsmarkt, Steuern und soziale Sicherungssysteme gesetzt. Wir haben Ihnen auf dem jetzigen Parteitag dieses Arbeitsprogramm vorlegen können und wir können es auf diesem Parteitag zum Abschluss bringen. Die gesamte Arbeit hat zwei Ziele: Wachstum und Arbeitsplätze. Wir unterwerfen unser ganzes Handeln nur der einzigen Frage: Was ist gut für Deutschland? Wir unter-

werfen es nicht der Frage, was gut für die Partei oder für den Einzelnen ist.

Ich mache Ihnen an einem kleinen Beispiel klar, wo die Unterschiede zu den Vorstellungen der Liberalen liegen. Die CDU als große Volkspartei hat die Lage immer anders zu sehen, als sie eine Klientelpartei wie die FDP sehen kann. Denken Sie nur an den Kündigungsschutz, den Angela Merkel vorhin angesprochen hat. Unsere Devise ist, dass niemand, der heute in Arbeit ist, in seinen Rechten, die er heute hat, beeinträchtigt werden darf. Es geht darum, Einstellungen und nicht Entlassungen möglich zu machen. Darin liegt der Unterschied zur FDP.

3 x 40

Wir haben nach der Bundestagswahl einen Punkt beibehalten, den wir auch im Wahlkampf immer betont haben. Wir haben im Bundestagswahlkampf immer von 3 x 40 gesprochen. Es handelt sich dabei um eine Anregung aus der CSU und bedeutet, dass wir die Sozialversicherungsabgaben mittelfristig deutlich unter 40 Prozent, die Staatsquote für unter 40 Prozent und die Steuern dauerhaft und deut-

lich unter 40 Prozent drücken wollen. Wer Wachstum und Arbeitsplätze will, muss sich an dieser Größenordnung orientieren. Wir werden das Ziel bei den Steuern mit den Vorschlägen, die morgen diskutiert werden, erreichen. Wir werden das Ziel auch bei den sozialen Sicherungssystemen erreichen. Wir werden es aber dann nicht erreichen, wenn wir alles so lassen, wie es jetzt ist. Die Situation wird uns sonst aus dem Ruder laufen.

Wir wissen, dass wir den Menschen im Bereich der Eigenvorsorge mehr zumuten müssen. Deshalb gehören Steuern und soziale Sicherungssysteme auch zusammen. Das ist ein Paket, und ich bitte doch darum, das in der Diskussion nicht immer wieder getrennt zu sehen. Den Menschen draußen ist es doch völlig egal, ob ihnen das Geld durch Steuern oder durch Sozialabgaben abgenommen wird. Es interessiert sie der Blick ins Portemonnaie, es interessiert sie, ob sie hinterher mehr darin haben, wie es bei uns regelmäßig der Fall war, oder jedes Jahr weniger, wie es jetzt bei dieser Regierung der Fall ist. Das ist die spannende Frage für die Menschen. Die Frage lautet: Wie geht es ihnen insgesamt, bei wem geht es ihnen besser,

und vor allem: Geht es ihren Kindern besser?

Auch für die Steuern gibt es einen ganz einfachen Lehrsatz: Die Menschen draußen wissen – davon bin ich überzeugt – selbst am besten, was sie mit ihrem Geld anzufangen haben, nicht der Staat, der alles lenken und leiten und der durch Steuern steuern will. Deswegen: weg mit diesen ganzen Gestaltungsmög-

Euro verdient, zahlt sie keine Steuern mehr. Das ist doch nun wirklich – auch im Zusammenhang mit den Fragen der Versteuerung des Arbeitgeberanteils, die wir in den sozialen Sicherungssystemen haben – eine wichtige Botschaft: Die zahlen dann eben keine Steuern auf den Arbeitgeberanteil, während andere mit etwas höheren Einkommen Steuern zahlen würden. Das zeigt: Wir wollen bei den wirklich Kleinsten ansetzen, nämlich bei den Kindern, und wir bekennen uns auch zu einem Schlagwort, das in Deutschland lange verpönt war, zum Stich-

wort „Bevölkerungspolitik“. Wir wissen, dass wir die anstehenden Probleme allein mit mehr Kindern nicht werden lösen können, aber ein Zuwachs an Kindern kann einen Beitrag gegen die Alterung unserer Gesellschaft leisten. Ich finde, es war toll und hat sich ja auch als Riesenerfolg erwiesen, dass Angela Merkel zu Beginn des Jahres Roman Herzog gebeten hat, dieses Thema mutig und ohne Scheuklappen anzugehen. Die Ergebnisse sprechen für sich.

Wir wollten bei den Reformen der sozialen Sicherungssysteme erreichen, dass die Sozialabgaben insgesamt unter 40 Prozent liegen. Wir wollten erreichen – und das vor allen Dingen dauerhaft –, dass die Abkopplung von den Arbeitskosten zu Teilen geschafft werden kann. Wer heute noch davon redet, man könne da nichts tun und könne alles weiterlaufen lassen und man dürfe der Bevölkerung nicht zuviel zumuten, der macht einen riesigen Fehler. Denn wenn wir dann, wenn wir in den Systemen bleiben, hinterher Steigerungsraten auf 55 Prozent Sozialkosten haben und wenn wir dann noch 25 Prozent Steuern draufrechnen, also 80 Prozent Abgaben an Steuern und Sozialkosten haben, dann wird kein Mensch in Deutschland mehr ordentlicher Arbeit nachgehen, dann wird Schwarzarbeit noch mehr boomen als heute. Wo sollen denn dann die Leistungsanreize für den Einzelnen stecken? Deswegen müssen wir herunter mit Steuern und mit Abgaben, damit es mit Deutschland wieder aufwärts geht. Deshalb sind wir bei Gesundheit und Pflege zu einem Systemwechsel gekommen. Denn einen Fehler dürfen wir nicht wie-



lichkeiten und dafür runter mit den Steuersätzen! Das Konzept von Friedrich Merz mit der Transparenz und der radikalen Vereinfachung ist genau das, was wir brauchen, was wir auch als Pendant, als Gegenstück zu den Reformen in den sozialen Sicherungssystemen brauchen. Nach diesem System zahlen eben die Bezieher kleiner Einkommen in Zukunft keine Steuern mehr, insbesondere dann, wenn sie Kinder haben. Wenn in Zukunft eine Familie mit zwei Kindern 33 000

derholen: Wir haben bei der Rente vor etlichen Jahren auch ganz grundsätzlich diskutiert und haben hinterher von Reformen Abstand genommen; Die Rente war sicher. Es hat sich nun herausgestellt, dass heute grundlegende Reformen in diesem System nicht mehr möglich sind, ein Systemwechsel nicht mehr möglich ist. Es geht nur noch darum, wie man die Rente mit immer steigenden Beiträgen noch so halten kann, dass für die Zukunft auch wirklich noch ein Abstand zur Sozialhilfe gewährleistet ist. Die Kosten der Umstellung auf ein neues System, auf ein anderes System wären wegen der vielen Vorleistungen, die im jetzigen System stecken, von keiner Regierung der Welt zu bezahlen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir müssen deshalb weg von den Illusionen, die sich der eine oder andere von uns gemacht hat, dass es ohne wirklich echte Veränderungen gehen kann. Wer jetzt nicht handelt, gefährdet dauerhaft den Wohlstand in Deutschland. Veränderungen müssen sein. Allerdings müssen die Menschen den Sinn erkennen, der hinter den Reformen steckt, und sie sollen sehen, dass es gerecht zugeht.

Jetzt möchte ich Ihnen

ganz klipp und klar sagen, dass ich nach der Beschäftigung mit dem Gesundheitssystem das, was in diesem System heute im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung stattfindet, sozialpolitisch für einen riesigen Skandal halte. Zurzeit werden rund 40 Milliarden Euro im System umverteilt, weil eine schmale Gruppe von Arbeitnehmern, nämlich die, die etwa zwischen 2 000 und 3 500 Euro verdienen, den gesamten Sozialausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung und dazu noch den Familienlastenausgleich tragen müssen.

Norbert

Blüm, ich sage es einmal ganz deutlich: Das ist heute der sozialpolitische Skandal, dass ausschließlich diejenigen, von denen wir in den Sonntagsreden immer sprechen, diejenigen, die für die Zukunft etwas leisten sollen, die gut ausgebildeten Facharbeiter und die gut qualifizierten Angestellten, dass allein die in unserem System der gesetzlichen Krankenversicherung den Sozialausgleich und den Familienlastenausgleich für die Kinder und die nicht ver-

dienenden Ehefrauen tragen müssen. Das ist sozialpolitisch ein Skandal, und das werden wir nur korrigieren können, wenn wir den Sozialausgleich und den Familienlastenausgleich in Zukunft über das Steuersystem regeln, damit Politiker, Beamte, Freiberufler und Bezieher höherer Einkommen auch mit zu diesem Ausgleich beitragen. Es wird dann immer wieder gesagt, bei der Gesundheitsprämie



werde der Konzernchef in einem Unternehmen genauso viel zahlen wie seine Sekretärin. Das ist doch nun hanebüchener Unsinn. Der Konzernchef ist im Zweifel privat versichert. Er trägt überhaupt nicht zum Solidarausgleich bei. Seine Sekretärin hingegen ist vielleicht schon in den Kategorien des Einkommens, in denen sie den Familienlastenausgleich und den Sozialausgleich für die Bezieher kleiner Einkommen und für die kleinen Rentner mit fi-

nanzieren muss. Es ist also so, dass der viel zitierte Konzernchef, der immer wieder in den Reden zum Beispiel des Kollegen Seehofer auftaucht, überhaupt erstmalig mit in das System einzahlen würde, wenn wir das System so umstellen, wie wir es hier heute vorschlagen. Es ist das Steuersystem, in das jeder nach seiner Leistungsfähigkeit und seinem Familienstand einzahlt. Deshalb ist der Ausgleich über das Steuersystem eindeutig der sozialere und gerechtere. In unserem Konzept tragen starke Schultern mehr als schwache, und genau so soll es sein.

Leitideen

Liebe Freunde, in unseren Anträgen stecken vier Leitideen. Die erste ist Verlässlichkeit, Verlässlichkeit auch wieder für die Rentner, das Vertrauen schaffen, dass sie nicht zum Spielball des Finanzministers werden, und Verlässlichkeit auch für die Jungen. Fragen Sie doch einmal junge Leute unter 30, welchen Sinn sie im derzeitigen Rentensystem noch sehen, ob das Rentensystem, das wir zurzeit haben, eine irgendwie geartete Relevanz für sie und ihre Zukunft hat. Deshalb müssen wir

Vorschläge machen, die über unsere eigene Pensionsgrenze hinausgehen, die an die Jungen denken, die auch über 2030 hinausgehen und eine Perspektive aufbauen, die man weiter verfolgen kann.

Das zweite Stichwort schließt sich unmittelbar an: Generationengerechtigkeit. Wir müssen die kleiner werdende Zahl von Beitragszahlern und die immer größer werdende Zahl von Leistungsempfängern miteinander in ein vernünftiges Verhältnis der Belastungen bringen. Die junge Generation darf dabei wirklich nicht stärker belastet werden, als die ältere Generation zu tragen bereit ist. Nachdem es zu Beginn des Sommers ja ein paar Irritationen gab, habe ich mich auch gefreut, dass es in der Partei gemeinsame Auftritte von Otto Wulff und Philipp Mißfelder gegeben hat. Das war die richtige Botschaft, die wir als CDU aussenden müssen: dass wir uns auch in der Struktur unserer Partei gemeinsam auf den Generationenpakt verständigen und dass wir Herausforderungen gemeinsam schultern. Wegstehlen gilt nämlich nicht. Alle müssen mitmachen, dann wird es auch klappen.

Drittens geht es um den Vorrang für Familien und

Kinder. Dieser Punkt hat in unseren Diskussionen der letzten Monate eine große Rolle gespielt. Dieses Thema muss als Querschnittsthema im nächsten Jahr weiterverfolgt werden. Im Herbst 1999 haben wir auf einem kleinen Parteitag ein Programm zur Familienpolitik verabschiedet, das unter den damaligen Umständen leider etwas untergegangen ist. Wir haben uns darauf verständigt und beschlossen, dass wir bereit sind, verschiedene Lebensmodelle zu akzeptieren, die Frauen und Männer in Familien und mit Kindern haben können. Wir müssen klipp und klar zum Ausdruck bringen: Es ist nicht Aufgabe von Politik, die Lebensentwürfe von Menschen zu gestalten, den Menschen durch Lenkungsmaßnahmen beizubringen, dass sie für die Zeit der Kindererziehung zu Hause zu bleiben hätten bzw. arbeiten zu gehen hätten. Politik hat vielmehr beide Möglichkeiten zu öffnen, hat grundsätzlich zu ermöglichen, sich frei zu entscheiden. Das ist die Kernfrage. Das Schlimmste, was ich in diesem Zusammenhang gehört habe – allein deswegen hätte mein Konkurrent von der SPD nicht wiedergewählt werden dürfen –, war das Unwort von

der Lufthoheit über den Kinderbetten. Wer eine solche Einstellung hat, gehört nicht an verantwortlicher Stelle in die Politik. Das ist meine feste Überzeugung. Eine solche Einstellung wollen wir zumindest nicht. Liebe Freunde, wir haben die Familie überall in den Mittelpunkt gestellt, so zum Beispiel in dem Steuerkonzept von Friedrich Merz mit dem Steuerfreibetrag von 8 000 Euro pro Familienmitglied. Wir haben sie bei der Krankenkasse in den Mittelpunkt gestellt: Die Kinderbeiträge sollen direkt vom Steuerzahler übernommen werden; sie sollen im System nicht mehr von den Arbeitnehmern geschultert werden müssen. Wir haben die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung verbessert. Wir haben sie gegenüber dem heutigen Zustand verdoppelt, weil wir die Unabhängigkeit von Frauen fördern wollen. Die Frauen sollen für die Zukunft eine eigenständige Altersversorgung aufbauen können und nicht mehr ausschließlich über die Witwenrente von den Männern abhängig sein. Wir haben Beitragszuschüsse bei Rente und bei Pflege vorgesehen. Wir wollen damit einen Beitrag zu einem besseren Klima für Kinder und zu einer besse-

ren materiellen Verträglichkeit auch von Kindererziehung leisten, damit die Eltern eine wirkliche Wahlmöglichkeit bezüglich der Lebensentwürfe erhalten.

Viertens geht es schließlich um mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Grund für unsere Wachstumsschwäche und die Massenarbeitslosigkeit sind die hohen Sozialversicherungsbeiträge. Durch unsere Vorschläge wird die Summe der Beitragssätze, die an die Arbeitslöhne gebunden sind, bis 2030 auf gut 25 Prozent reduziert. Wir wollen die Abkoppelung der Krankenversicherungs- und Pflegekosten von den Arbeitskosten und eine radikale Vereinfachung des Steuersystems. Das sind gewissermaßen zwei Zündstufen für die Beschäftigungsrakete.

Kontroverse Diskussionen

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die SPD hat einen Fehler gemacht, aus dem wir gelernt haben. Schröder hat von der Regierung her versucht – damit ist er gescheitert, wie wir auf dem letzten Parteitag gesehen haben –, der Partei ein Konzept überzustülpen. Das haben wir in den letzten Mo-

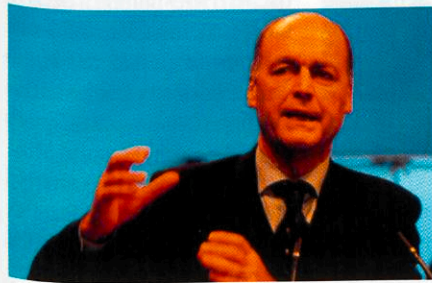
naten ganz bewusst nicht getan. Wir wollten die kontroverse Diskussion in der Partei. Das Ergebnis der vielen Gespräche, der Regional Konferenzen, der Veranstaltungen in den Kreisen und in den Landesverbänden hat sich wirklich als gut erwiesen. Was Ihnen heute vorliegt, ist eine echte Weiterentwicklung, eine echte Verbesserung der Vorschläge, die von der Herzog-Kommission zuvor unterbreitet wurden.

Im Bereich Gesundheit schlagen wir den Umstieg nicht erst innerhalb von zehn Jahren, sondern zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor. Wir wollen, dass zum Zeitpunkt der Umstellung und in den folgenden vier Jahren keiner gegenüber dem heutigen Zustand schlechter gestellt wird. Das ist sicher das, was man als Maximum im Hinblick auf den Umstellungszeitpunkt bei einem System erbringen kann, das einige für so gut halten, dass es wirklich möglichst lange unter seinen Bedingungen beibehalten werden sollte. Nach den ersten vier Jahren sind Prämien in Höhe von maximal 15 Prozent des Einkommens vorgesehen. Auch das ist sozial verträglich, denn die Versicherungsprämien sind ja heute schon bei dieser Größenord-

nung angekommen. Die Kinder sind in unserem System beitragsfrei mitversichert. Für sie wird an die Krankenversicherung eine Prämie gezahlt, die direkt vom Steuerzahler gedeckt wird. Der Finanzbedarf wird

macht 20 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen und 19 Milliarden Euro mehr an Kaufkraft in der Hand der Arbeitnehmer. Wir können wirklich sagen: Das, was wir hier tun, hat den Hintergrund, dass Wachstum und Beschäftigung in Deutschland gestärkt werden.

Liebe Freunde, wir wollen auch im Bereich der Pflege den Umstieg zu einem frühe-



zu guten Teilen dadurch erbracht, dass wir die Arbeitgeberbeiträge auszahlen und versteuern. Das ist in dem Steuerkonzept von Friedrich Merz im Übrigen berücksichtigt. Insofern ist die Kritik, es sei hier keine Verzahnung vorgenommen worden, nicht berechtigt. Wir können vielmehr sagen, dass dies berücksichtigt ist. In den Steuervorschlägen sind rund 17 bis 18 Milliarden Euro für die Gegenfinanzierung der Sozialausgleichsmaßnahmen enthalten.

Der Sachverständigenrat hat, wie ich eben schon gesagt habe, uns mit auf den Weg gegeben, dass durch unsere Vorschläge rund eine Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen würden. Das

Zeitpunkt, als es bisher vorgesehen war. Von Seiten der Antragskommission wird Ihnen deshalb vorgeschlagen, auch im Bereich der Pflege – ebenso wie im Gesundheitsbereich – die Umstellung zum nächstmöglichen Zeitpunkt vorzunehmen und dabei die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Umstellung im Gesundheitsbereich zu berücksichtigen. Wir holen damit etwas nach, was ursprünglich schon Norbert Blüm damals bei der Einführung der Pflegeversicherung vorgesehen hatte. Es ist damals nur leider nicht dazu gekommen, dass eine private Versicherung für die Pflege eingeführt werden konnte. Es musste dann auf

jene Pflegeversicherung eingegangen werden. Ich weiß, dass Norbert Blüm kurz vor der Entscheidung seinerzeit auch für die private Lösung im Pflegebereich gewesen ist.

Liebe Freunde, wir wollen an diesen zwei Tagen gemeinsam etwas schaffen, worauf wir dann mit unserer Politik aufbauen können. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten wirklich gerungen, bis wir zu den vorliegenden Ergebnissen gekommen sind. Wir machen Schluss mit dem ewigen Fingerzeigen auf andere und den nicht enden wollenden Zuweisungen des schwarzen Peters. Wir sagen, wo die Probleme sind. Wir haben dabei auch ein Stück unpopuläre Ehrlichkeit nicht gescheut, und zwar deshalb, weil kein Mensch in Deutschland mehr glaubt, dass die Wirtschaftsschwäche ausschließlich an irgendwelchen anderen und der Entwicklung in anderen Ländern liegt. Jeder weiß, die gegenwärtige Krise in Deutschland ist hausgemacht und sonst nichts. Wir müssen selber an dieses Problem heran.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, die CDU war es, die die ganzen Jahre hindurch unter Adenauer und Erhard den deutschen

Sozialstaat gegründet hat. Das Tarifvertragsgesetz, der Kündigungsschutz, das Mutterschutzgesetz, die Betriebsverfassung, das Kindergeld, die Sozialhilfe und das Wohngeld – das alles ist zwischen 1949 und 1966 auf den Weg gebracht worden.

In den 80er-Jahren hat Heiner Geißler dann mit Menschen zu tun gehabt, die sich der neuen Politik, die er angeregt hat, verweigert haben, weil es auch ein Bruch mit Althergebrachtem war, als er von der „neuen sozialen Frage“ gesprochen hat. Damals ging es darum, die Interessen der Menschen gegen organisierte Gruppeninteressen zu verteidigen. Wir haben den Sozialstaat neu- en Anforderungen angepasst. Unter Helmut Kohl und Norbert Blüm sind in schwierigen Zeiten Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Rentenansprüche für Erziehungszeiten und Pflegeversicherung eingebracht und beschlossen worden. Alles das würde es ohne uns nicht geben. Wir waren immer diejenigen, die sich gegen die beherrschenden Kräfte, die es auch immer gab, durchgesetzt haben. Deshalb müssen wir jetzt die Kraft finden, in diesem Jahrzehnt den deutschen Sozialstaat neu zu begründen und zu-

kunfts fest zu machen. Das wollen wir mit den vorgelegten Reformkonzepten erreichen.

Wir sind die einzige Partei im Wettstreit, die überein Gesamtkonzept verfügt. Alle anderen Parteien – ob Konkurrent oder Schwester – können lediglich Einzelkonzepte vorweisen. Deshalb glaube ich: Wir können sehr selbstbewusst in die Auseinandersetzung der Parteien gehen. Wir haben gearbeitet und etwas zustande gebracht, das die anderen – noch nicht einmal jene, die in der Regierung sind – nicht zustande gebracht haben.

Liebe Freunde, zurzeit reden alle von Patriotismus. Selbst der Bundeskanzler hat das Thema für sich entdeckt. Als Sie, Angela Merkel, in Ihrer Rede vorhin darauf hingewiesen haben, Patriotismus bedeute für den Bundeskanzler nur, für seine Politik zu stimmen, habe ich gedacht: „Der muss irgendetwas verwechselt haben, vielleicht Patriot mit Idiot? Sonst kann man doch für diese Art Politik gar nicht sein.“

Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Für uns gehören die Patriotismusdebatte dieses Herbstes und die Reformdebatte unmittelbar zusammen. Wir wollen etwas tun für dieses Land, in dem wir

leben und das wir lieben. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass es den Menschen in der Zukunft besser geht. Wir wollen unser Land erneuern, damit die Menschen Zukunft haben. Wer wie wir das aus einer patriotischen Gesinnung heraus tut, für den ist Patriotismus Antrieb für politisches Handeln. Patrioten packen Zukunftsprobleme an. Genau das haben wir getan.

Populismus dagegen ist ein gespenstischer Ratgeber. Er verleitet zum Verharren, weil die Menschen bei Veränderungen immer erst skeptisch sind. Deshalb ist es eine Führungsfrage und eine Frage der Verantwortung vor unserem Land, den Menschen auch unbequeme Wahrheiten zu sagen und sie von der Notwendigkeit von Veränderungen zu überzeugen.

Morgen Nachmittag, wenn wir unseren Parteitag mit der Nationalhymne beenden werden, müssen wir den Hebel umlegen. Wir müssen dann – das meine ich mit Führungsaufgabe – in das Land gehen und in den Orts- und Kreisverbänden optimistisch um Zustimmung werben. Lasst uns diese Verantwortung gemeinsam annehmen! Deutschland kann mehr. Und wir werden es beweisen! – Vielen Dank.

Im Amt **bestätigt**

Der Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen wurde bei der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen der CDU Deutschlands in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

In seinem Rechenschaftsbericht ging Röttgen auf die zahlreichen Aktivitäten des BACDJ und seiner Arbeitsgruppen und Fachkommissionen ein. Besonders mit ihrem „Berliner Programm zur Reform des Föderalismus“, das eine Arbeitsgruppe unter Röttgens Leitung im Juni 2003 vorgelegt hatte, haben die CDU-Juristen der aktuellen Debatte um



eine Neuordnung des deutschen Bundesstaates einen wesentlichen Anstoß gegeben, der auch die im November erfolgte Einsetzung einer Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat beschleunigt hat.

Im kommenden Jahr, so Röttgen, wolle man sich angesichts der EU-Osterweiterung und der europäischen Verfassungsgebung speziell

mit dem Thema Europa beschäftigen. Die Auswirkungen des europäischen Einigungsprozesses auf die deutsche Rechtsordnung und Justiz sowie die Folgen für den Bürger stünden dabei auch im Mittelpunkt des nächsten Rechtspolitischen Kongresses des BACDJ am 19. und 20. März 2004 in Karlsruhe.

Der 38-jährige Rechtsanwalt, der seit 1994 den Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II im Deutschen Bundestag vertritt, steht seit 2001 an der Spitze der CDU-Juristenorganisation und bekleidet seit dieser Legislaturperiode auch das Amt des Rechtspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ÜBER DEN (PARTEI-) RAND GESCHAUT

Außerschulische Jugendbildungsarbeit in Deutschland wird überwiegend von Verbänden betrieben, die eher dem politisch „linken“ „Spektrum“ zuzuordnen sind.

Als Alternative sieht sich Frischluft e.V. Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband gründete sich 1989 und hat mittlerweile Mitglieder in ganz Deutschland. Frischluft e. V. richtet sich mit seinem Programm an Kinder, Jugendliche und junge Er-

wachsene im vorpolitischen Raum mit dem Ziel, politische Bildung und in offener Form Kinder- und Jugendarbeit auf der Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Wertordnung und eines christlichen Menschenbildes zu leisten und junge Menschen zu Eigenverantwortung und aktiver Mitarbeit im demokratischen Staat anzuregen. Der Bundesverband mit Sitz in Berlin und die einzelnen Landesverbände von Frischluft e. V. führen mit

dieser Intention die unterschiedlichsten Seminare durch, u.a. Jugendgruppenleiterausbildungen, Rhetorikseminare und Veranstaltungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Der Verein veranstaltet zudem auch Kinderfreizeiten und internationale Jugendbegegnungen.

■ Programm und Kontakt: Frischluft e. V., Straßburger Straße 43a, 10405 Berlin, Tel. 030/44 04 22 05, e-mail: post@frischluft-ev.de.

Nordrhein-Westfalen

Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen wirft ihre Schatten voraus. Zur Unterstützung der Kandidaten und ihrer Teams hat der Landesverband NRW eine eigens für den Kommunalwahlkampf gestaltete Plattform online geschaltet. Auf den Extraseiten findet man regelmäßig aktualisierte Wahlkampfinfos, Informationen zu Werbemitteln und inhaltlichen Infos zur **Wahlkampf führung**. Einwählen können sich alle nordrhein-westfälischen Wahlkämpfer auf <http://www.cdu-nrw.de> über den Button „Plattform für Wahlkämpfer“.

Baden Württemberg

Erwin Teufel ist auf dem Landesparteitag in Böblingen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden. Der baden-württembergische Ministerpräsident erhielt 76,9 Prozent der Delegiertenstimmen. Auch wieder gewählt wurde Generalsekretär Volker Kauder. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhielt 75,3 Prozent der Stimmen. Für Teufels Stellvertreter im Landesvorsitz – Ex-Verkehrsminister Matthias Wissmann und die Tübinger Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz – vo-

tierten 79,5 bzw. 63,2 Prozent der Delegierten.

Thüringen

Die Thüringer CDU hat auf einem Landesparteitag den Landesvorsitzenden der CDU Thüringens und Ministerpräsidenten des Freistaats, Dieter Althaus, zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2004 gekürt. Die endgültige Entscheidung über die Listenzusammensetzung soll auf einer Delegiertenkonferenz im März fallen. Mit dem Landesparteitag in Bad Langensalza hat die thüringische CDU den Vorwahlkampf für die Landtags- und die Kommunalwahl im nächsten Jahr eingeläutet.

www.cdu-sachsen.de - JETZT BARRIEREFREI

Ab sofort bietet die Sächsische Union eine barrierefreie Version ihres Internetauftritts an. Damit steht das umfangreiche Angebot von www.cdu-sachsen.de auch Menschen mit Behinderung zur Verfügung. Mit technischen Hilfsmitteln wird den benachteiligten Nutzern ein problemloses Lesen und Übersetzen der Seiten ermöglicht. Besonderer Wert wurde bei der Umsetzung auf die Kriterien Wahrnehmbarkeit und einfache

Bedienbarkeit, Orientierung, sowie Verständlichkeit und Nachhaltigkeit gelegt. Um sehbehinderten und hörgeschädigten Menschen die Nutzung des Angebots zu erleichtern, werden Bilder und Töne durch beschreibende Alter-

nativtexte ergänzt. Schriftgrößen und -farben können individuell eingestellt werden, um bessere Lesbarkeit zu garantieren.



Doppelter **Sieg** für die CDU

Die CDU in Niedersachsen hat bei der erstmaligen Verleihung des Politikawards in zwei von zehn Kategorien gewonnen.

Zum einen wurde sie in der Kategorie „Kampagne Parteien und Fraktionen“ für die „Besser.“-Kampagne des Landtagswahlkampfes 2003 mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Als besonders gelungen wurde die Gesamtkonzeption der Kampagne, bestehend aus der kommunikativen Umsetzung der politischen Ziele, der Personalisierung des Spitzenkandidaten sowie dem Kinospot, bewertet.

Zum anderen wurde David McAllister zum Nachwuchspolitiker des Jahres gewählt. Die Laudatio für den niedersächsischen Preisträger hielt Ministerpräsident Christian Wulff. Er würdigte David McAllister als einen niedersächsischen Politiker mit großer Zukunft. Besonders hob er seine Rolle als Generalsekretär der CDU in Niedersachsen hervor, die am 02.02.2003 zum lang ersehnten Wahlsieg geführt habe. David McAllister, so Christian Wulff, habe das,



Ministerpräsident Christian Wulff und der Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag David McAllister freuen sich über den Erfolg

was einen Politiker auszeichne: Ratio und Emotio, Herz und Verstand. „Und, David McAllister hat das, was man in der Politik nicht erlernen kann: Charakter. Und alles, was er nicht kann, erlernt er äußerst schnell. David McAllister steht mitten im Leben und das merken die Menschen“, so der Ministerpräsident. Seine Verbundenheit zur Heimat, so Christian Wulff weiter, verbunden mit seinem großen rhetorischen Talent, habe David McAllister eine bislang rasante politische Karriere machen lassen, die noch lange nicht

zu Ende sei. David McAllister bedankte sich mit den Worten: „Die Niedersachsen sind eben schwer im Kommen.“

Der Politikaward zeichnet herausragende Leistungen der politischen Kommunikation aus, die neue Maßstäbe für die gesamte Branche gesetzt haben. Die Bewerbungen wurden von einer 26köpfigen Fachjury aus erfahrenen Vertretern von Verbänden, Agenturen, Wissenschaft, Wirtschaft und Presse bewertet. Der Politikaward ist eine Initiative des „politikverlag helios“ in Berlin.

Zukunft braucht Erinnerung

Heimat, Menschenrechte und Vertreibung sind zentrale Themen, die an Aktualität nichts eingebüßt haben.

Dies machte die Vorsitzende der CDU Deutschlands Angela Merkel auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung deutlich. „Für die CDU ist das Thema Vertreibung nicht erst durch die Diskussionen im letzten Jahr aktuell geworden. Unsere Themen sind nicht fremdbestimmt, sondern das Thema Vertreibung ist für uns bereits seit Gründung der CDU ein wichtiges Thema.“

Die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges sei nicht das einzige Vertreibungsunrecht, aber das mit dem größten Ausmaß gewesen. Deshalb könnten die deutschen Heimatvertriebenen zu Recht erwarten, „dass wir uns der Vertreibungsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen erinnern.“ Eine gemeinsame Zukunft in Europa braucht Erinnerung, auch die Erinnerung an Vertreibungen. Daher unterstützt die CDU auch klar das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Dieses



Zentrum ist vom ursprünglichen Ansatz an europäisch ausgerichtet. „Es gibt dort kein exklusives Gedenken, reduziert auf eine Nation. Der Charme des Zentrums ist doch auch gerade, dass alle Vertreibungen des 20. Jahrhunderts thematisiert werden. Das Zentrum ist nicht nur als zentrale Gedenk- und Forschungsstätte gedacht, sondern auch als ständige Mahnung, Vertreibungen und Verletzungen der Menschenwürde in Europa und auf der ganzen Welt zu ächten. Es ist ein längst überfälliges Forum für eine bundesweite und europäische Debatte über Vertreibung, Nationalismus und Fremdenhass.“ Weiter kritisierte die Parteivorsitzende

die Kulturpolitik der Rot-Grünen Bundesregierung. Unter dieser Regierung seien die Fördermittel für Kulturarbeit seit 1998 um 40 Prozent gekürzt worden. „Das ist schon deshalb fatal, weil gerade in der Kulturförderung eine besondere Chance zur Aussöhnung und Verständigung zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn liegt“, machte Merkel deutlich.

Mit überwältigender Mehrheit bestätigten die Delegierten Helmut Sauer in seinem Amt als Bundesvorsitzender der OMV. In seiner Rede forderte das Mitglied des Bundesvorstands der CDU Deutschlands und langjährige Bundestagsabgeordnete von der Bundesregierung endlich einen fairen Dialog mit den Vertriebenenverbänden. Die Förderung der Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen sei ein drängendes Erfordernis. Die kulturellen Leistungen der Ost- und Mitteldeutschen sowie der Landsleute in Ost- und Mitteleuropa dürften nicht vergessen werden. Dies käme einer erneuten Vertreibung, einer geistig-kulturellen Vertreibung gleich.

PETER PAZIOREK
ROLF BIETMANN:

Rot-grünes Possenspiel

Anlässlich des Berichts des Staatssekretärs im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Re-

aktorsicherheit, **Rainer Baake, zum Export der MOX-Brennelementfabrik aus Hanau nach China** erklärten der **umweltpolitische Fraktionssprecher und der zuständige Berichterstatter:**

Das rot-grüne Possenspiel wird immer grotesker.

Bewertungen und Aussagen zum Thema MOX-Brennelementfabrik werden so in die Welt gesetzt, wie sie gerade passend erscheinen. Während immer mehr grüne und rote Vertreter behaupten, mit der Hanauer Anlage könne waffenfähiges Plutonium hergestellt werden, erklärt der beamtete Staatssekretär im BMU, dass die MOX-Brennelementfabrik aus Hanau nicht in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Vielmehr sei hierzu ein schneller Brüter Voraussetzung, für den die MOX-Brennelementfabrik allenfalls die Aufarbeitung abgebrannter Kernbrennelemente leisten kann.

Diese Sicht des BMU bestätigen sowohl die Wissenschaft als auch unsere amerikanischen Verbündeten. Bei der als „Plutoniumfabrik“ apostrophierten Anlage handelt es sich um eine Einrichtung, in der nicht nur aus Plutoniumoxid aus Wiederaufarbeitungsanlagen, sondern auch aus der Atomwaffenfertigung zusammen mit Uranoxid so genannte Mischoxid (MOX)-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren hergestellt werden können, also um eine Anlage, die nicht zur Herstellung waffenfähigen Plutoniums geeignet ist, sondern gerade im Gegenteil zum Abbau waffenfähigen

DER EINFLUSS DER UNION IN DER NATO WÄCHST

Die **Parlamentarische Versammlung der Nato** wählte auf ihrer diesjährigen Jahrestagung in Orlando, USA, **Karl A. Lamers zum Vizepräsidenten des Politischen Ausschusses des NATO-Parlaments.**

Die Wahl erfolgte in Anerkennung seiner politischen Arbeit, die der Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den zurückliegenden Jahren insbesondere als Berichterstatter im Unterausschuss für transatlantische Beziehungen geleistet hat, hieß es bei der Ehrung.

In seiner Rede vor den NATO-Parlamentariern forderte Lamers nachdrücklich, Europa wieder zu einem echten Pfeiler der transatlantischen Brücke zu machen und als solchen deutlich zu stärken. Der



Zusammen mit NATO-Generalsekretär Robertson

rot-grünen Bundesregierung warf er vor, mit dem „Pralinengipfel“ von Brüssel Misstrauen in den USA genährt zu haben. In den vergangenen Wochen und Monaten habe sich in die NATO und in das Verhältnis zwischen NATO und EU Gift eingeschlichen – dies müsse wieder durch Vertrauen und Verlässlichkeit ersetzt werden, so Lamers.

Materials. Rote und grüne Kernenergiegegner versuchen allerdings krampfhaft, eine Verbindung zur Kernenergieherstellung zu konstruieren, um über diesen Weg den Verkauf der Anlage aus Hanau nach China noch stoppen zu können.

All zu durchsichtig ist das Rot-grüne Manöver. Während die eine Seite des Regierungslagers das Exportgeschäft betreibt, versucht die andere Seite durch vermeintliche Obstruktion und über das Außenhandelsrecht die Basis zu beruhigen.

STEFFEN KAMPETER:

Ohrfeige für Bundesregierung



Zur Pressekonferenz der Deutschen Bundesbank zum Entwurf eines EU-Verfassungsvertrages erklärte der Obmann im Haushaltsausschuss:

Die öffentlichen Darlegungen der Bundesbank sind eine schallende Ohrfeige für die Haushalts- und

Schuldenpolitik der Bundesregierung.

Nicht nur im Inhalt, sondern auch mit ungewohnt scharfen Ton macht die Bundesbank deutlich, was sie vom Kurs der Bundesregierung in Sachen Währungsstabilität, Haushaltskonsolidierung und ihrer Haltung in der Diskussion um die Aufnahme des Ziels der Preisstabilität in den EU-Verfassungsvertrag hält: Nichts. Die Bundesregierung verhält sich stabilitätspolitisch wie ein Elefant im Porzellanladen. Sie kalkuliert mit der Rückkehr der Inflation auf die Agenda der Wirtschaftspolitik.

KLAUS LIPPOLD:

Maut in der Sackgasse

Zum Bericht des Bundesverkehrsministers zur Einführung der Lkw-Maut im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Der nebulöse Bericht von Bundesverkehrsminister Stolpe zum Stand der Einführung der elektronischen Lkw-Maut im Verkehrsausschuss hat keinen Erkenntniszuwachs gebracht. Es gibt immer noch keine klaren Anga-



ben zum Starttermin, nicht einmal eine eindeutige Aussage, ob die Bundesregierung noch an die Realisierbarkeit des Systems glaubt und erst recht keine Auskunft dazu, wie die immensen Einnahmeausfälle im Verkehrsetat kompensiert werden sollen. Die Bundesregierung weiß offenbar keinen Ausweg aus der verfahrenen Lage, in die sie das Projekt durch unprofessionelles Vorgehen selbst gebracht hat.

Dass Stolpe nun beim Betreiberkonsortium verbindliche Aussagen zu Projektplanung und Terminierung einfordert, ist ein hilfloser Versuch, das eigene Unvermögen zu kaschieren: Die Bundesregierung hat von Vertragsbeginn an ein professionelles Controlling versäumt. Dieser grobe Fehler rächt sich längst. Er ist, wie es heute aussieht, wohl kaum noch zu revidieren, zumindest nicht mit einem Verkehrsminister, der das notwendige Zupacken vermissen lässt.

CHRISTIAN SCHMIDT:
Verteidigungsminister kapituliert



Zu den Äußerungen von Verteidigungsminister Struck bezüglich der Wehrpflicht erklärte der verteidigungspolitische Fraktionssprecher:

Es ist eine politische Kapitulation, wenn Verteidigungsminister Struck politi-

sche Rahmenbedingungen beklagt, die er als Fraktionsvorsitzender und Minister selbst gesetzt hat. Wenn Struck tatsächlich der Meinung ist, dass wir die Wehrpflicht beibehalten sollten, dann muss er für ihren Erhalt kämpfen. Im Moment erweckt er dagegen eher den Anschein, als wollte er seinen persönlichen Ausstieg aus der Wehrpflicht vorbereiten.

Die Bundeswehr ist aber keine Versuchswerkstatt, an der wir parallel unterschiedliche Strukturen ausprobieren können, um dann mal zu schauen, ob es klappt. Hier geht es um die Sicherheit unseres Landes. Wer glaubt, ohne die Wehrpflicht auskommen zu können, der

muss nachweisen, wie er die Sicherheit auf diesem Weg gewährleisten will.

Wir brauchen jetzt dringend eine Debatte über die Bedeutung der Sicherheitspolitik und die Rolle, die die Bundeswehr darin übernehmen soll. Im Moment besteht die Gefahr, dass die rot-grüne Koalition aus Finanznot Weichen in eine Richtung stellt, die im Ernstfall eine Bedrohung für unser Land darstellen könnte. Wir können es uns nicht leisten, eine Bundeswehr zu haben, die nur auf Krisenintervention am Hindukusch und anderswo in der Welt ausgerichtet ist, aber keine Strukturen mehr hat, mit denen wir auf einen Katastrophenfall im Inland reagieren können.

TÄUSCHUNGSMANÖVER BELEGT

Nach einjähriger Arbeit hat der so genannte „Lügenerausschuss“ des Bundestags seinen Abschlussbericht an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übergeben.

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss, Peter Altmaier, bekräftigte, dass er die Regierung in allen vier Punkten des Wahlbetrugs überführt sehe. „Es ist getäuscht und falsch informiert worden“, sagte er. Der Koalition warf er vor, sie

habe die Regierung im Ausschuss „rein waschen“ wollen. Altmaier bedauerte, dass es nicht gelungen sei, einen Verhaltenscodex aufzustellen, um Täuschungsmanöver in künftigen Wahlkämpfen zu verhindern. Dies wäre beispielsweise durch die Anordnung eines Kassensturzes vor einer Bundestagswahl möglich. Der Ausschuss wurde im Dezember 2002 eingesetzt. Er sollte klären, ob die Bundesregierung die Öffentlichkeit und den Bundestag

vor der Bundestagswahl über die Lage des Bundeshaushalts und der Sozialkassen getäuscht hat. Es war der erste Untersuchungsausschuss, der sich mit dem Verhalten einer Regierung im Wahlkampf beschäftigte.

Einzelheiten zur Erkenntnislage der Bundesregierung und zu ihrem Umgang mit der Öffentlichkeit finden Sie im Sondervotum der Bundestagsfraktion unter: <http://www.cducusu.de/luegenua/bericht031113.pdf>



CDU-Geschenkbänd

10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: **0306**

Preis je **1 Rolle: 6,10 €**
inkl. MwSt.: 7,08 €



Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm

Bestell-Nummer: **0307**

Preis je **1 Rolle: 3,80 €**
inkl. MwSt.: 4,41 €

Rolle à 100 Stück



CDU-Geschenkpapierrolle

75 cm x 10 m

Preis je **1 Rolle: 7,60 €**
inkl. MwSt.: 8,82

blau

Bestell-Nummer: 0302

rot

Bestell-Nummer: 0303



**Kerzenstumpen mit Aufdruck
100% Ökosteuerfrei**

Bestell-Nummer: **9700**

Preis je **24 Stück: 24,50 €**
inkl. MwSt.: 28,40 €

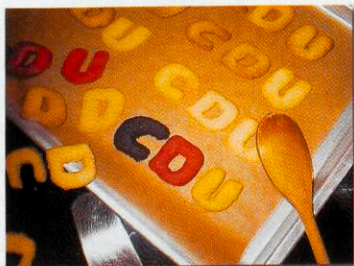


Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**
 Preis je **25 Stück: 12,70 €**
 inkl. MwSt.: 13,59 €

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**
 Preis je **1 Stück: 3,60 €**
 inkl. MwSt.: 4,18 €



Ausstechformen-Set für CDU-Gebäck

Bestell-Nummer: **9109**
 Preis je **10 Sets: 8,70 €**
 inkl. MwSt.: 10,09 €



Sektflaschentasche

Preis je **25 Stück: 14,10 €**
 inkl. MwSt.: 16,36 €

blau
 Bestell-Nummer: **0304**

rot
 Bestell-Nummer: **0305**

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162,33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Die neue Wandzeitung

Frohe Weihnachten
und ein gutes neues Jahr!



Besser für die Menschen.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.